

# KAPERBRIEF

*Zeitung der Piratenpartei Bayern*



**„LEB SO WIE DU BIST!“**

*Tina Lorenz, OB Kandidatin Regensburg*

## ICH HABE VERTRAUEN IN DEN RECHTSSTAAT.

Warum hat er so wenig Vertrauen in mich?

von Nicole Britz

Viele Menschen behaupten von sich, dass sie nichts zu verbergen hätten. Dennoch hängen sie sich Vorhänge an die Fenster und umzäunen den Garten mit Sichtschutzwänden. Nachbarn müssen nicht alles wissen.

zerin aufgrund von privaten Nachrichten auf Facebook die Einreise in die USA verweigert.

So etwas kann es in Deutschland gar nicht geben, sagen Sie? Irrtum.



Was aber, wenn es nicht die Nachbarn sind, die sich dafür interessieren, was die Bürger so tun hinter ihren Gardinen und Sichtschutzwänden, sondern der Staat? Mancher hat als Kind Erfahrungen mit Eltern gemacht, die Privatsphäre nicht respektiert haben. Die sich über Grenzen hinweggesetzt und etwa das Tagebuch ihres Kindes gelesen haben. Fühlen sich Kinder dabei wohl und sicher?

Viele Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR haben mit der staatlichen Gier nach Informationen ihre eigenen Erfahrungen gemacht. Zum Zweck der „Sicherheit“ hat die Stasi ein gigantisches Netz von Spitzeln aufgebaut, die mit perfiden Methoden und Abhörtechniken Informationen über Regimekritiker und andere Verdächtige sammelten. Nach dem Ende der DDR stellten viele fest, dass „Freunde“ in Wahrheit Stasi-Mitarbeiter gewesen waren. Jeder von uns würde sofort zustimmen, in einem solchen System von Überwachung und Repressalien nicht leben zu wollen.

Die Informationstechnologie bietet heute Möglichkeiten zur Überwachung, von denen die Staatssicherheit nur träumen konnte. Früher wurden Regimekritiker verfolgt, heute jagt der Staat Terroristen. Manche sind tatsächlich welche. Es bietet sich die Möglichkeit, die elektronische Kommunikation der Bürger flächendeckend und lückenlos zu überwachen. Im Juni 2013 kam heraus, dass der amerikanische Geheimdienst NSA seit 2007 mit dem Projekt PRISM den E-Mailverkehr und auch die sozialen Medien durch spezielle Hintertüren überwacht hat. Was bei Briefpost ein aussichtsloses Unterfangen wäre, ist in Zeiten, in denen die meisten E-Mails immer noch unverschlüsselt verschickt werden, ein technisches Kinderspiel. Zeitungsberichten zufolge wurde einer deutschen Nut-

Der derzeitige Innenminister Friedrich (CSU) hat die USA zu dieser Aktion beglückwünscht und unverzüglich ein solches Projekt auch für Deutschland gefordert. Kanzlerin Merkel wünscht sich ebenfalls mehr Internetkontrolle. Argument? Terrorismus!

Der Bundestag hat im April ein Gesetz verabschiedet, das es zulässt, jedem von uns ins Tagebuch zu schauen. Das Gesetz zur Bestandsdatenauskunft. Und das erlaubt den Zugriff auf schutzwürdige Daten nicht nur bei schweren Verbrechen. Auskünfte gibt es künftig auch schon bei einfachen Ordnungswidrigkeiten.

Wie dürfen wir uns das vorstellen? Ihr Hund setzt einen Haufen auf den städtischen Rasen oder parken Ihr Auto im Halteverbot. Das kann schon ausreichen, um Ihre Zugangsdaten bei Ihrem Telekommunikationsdienstleister abzufragen. Zur Begründung des Gesetzes heißt es, Ordnungswidrigkeiten seien keine Lappalien.

Ordnungswidrigkeiten sind Gesetzesverstöße „ohne kriminellen Gehalt“. Dennoch möchte der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern wie Schwerverbrechern begegnen können.

Ich habe den Eindruck, als solle dieses Gesetz zur Bestandsdatenauskunft den staatlichen Wissensdurst generell rechtfertigen. Man braucht einen Grund, dem Volk unter die Bettdecke zu gucken. Und weil das „einfach so“ nicht geht, sondern es für den Eingriff in Grundrechte immer einer gesetzlichen Ermächtigung bedarf, gibt man den Behörden schon bei Ordnungswidrigkeiten ein solch mächtiges Mittel an die Hand. Der Bürger hat sich schließlich falsch verhalten; da muss der Staat nachsehen dürfen. Unschuldsumvermutung und Privatsphäre? Abgeschafft!

Passwörter, PINs oder PUKs sollen den Zugang zu Mobilfunkgeräten, Internetzugängen, Mailkonten und anderen Kommunikationseinrichtungen vor Fremdzugriffen sichern. Das Bundesverfassungsgericht hat die Vorgabe gemacht, dass die Behörden diese Zugangsdaten nur erfragen dürfen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Dies ist nun der Fall.

Stellen Sie sich vor, es bestünde die Pflicht, im Rathaus einen Zweitschlüssel zu Ihrer Wohnungstür zu deponieren, den die Polizei abholen kann, um in Ihrer Wohnung nachzusehen, ob sie außer einer Ordnungswidrigkeit noch mehr auf dem Kerbholz haben. Sie würden dagegen protestieren. Warum dann nicht auch für Ihre Online-Existenz?

Als Sicherheit gegen Missbrauch verkauft man uns den Richtervorbehalt. Das ist schön. In der Praxis sind deutsche Richter jedoch chronisch überlastet, und da wird eher etwas ungeprüft genehmigt als kritisch hinterfragt.

Ein staatlicher Zugriff auf ein System, auf dem persönliche Daten gespeichert werden, ist ein tiefer Eingriff in den Kernbereich privater Lebensgestaltung. Perfiderweise muss man sagen, dass man sogar in der DDR bei aller Überwachung wenigstens noch Absender auf Briefen ändern und diese in weit entfernte Briefkästen einwerfen konnte, wenn man als Absender überwacht wurde

Strafgefangene verlieren im Strafvollzug das Recht auf Briefgeheimnis. Unbescholtene Bürger verlieren dieses Recht bei E-Mails jetzt schon, wenn sie bei Rot über die Ampel laufen.

Dieses Land hat zwei Diktaturen hinter sich, die die Ausforschung ihrer Bürger perfektioniert hatten. Lassen Sie nicht zu, dass im Namen der Sicherheit ein Überwachungsstaat errichtet wird!

Wie stellen Sie sich das Leben in einer lückenlos überwachten Gesellschaft vor? Würden Sie sich besonders sicher fühlen, weil ja der Staat alles über jeden weiß? Oder hätten Sie nicht vielmehr das Gefühl, nicht mehr atmen zu können? Die elektronische Kommunikation wird gescannt, jeder Schritt mit Videokameras überwacht. Angesichts solcher Aussichten ist man geneigt, die DDR-Bürger um die – gemessen an heutigen Maßstäben – unzureichende Überwachungstechnologie zu beneiden.

## TEILEN IST DAS NEUE HABEN

von Bruno Kramm

Wissen und Kultur war noch nie so umfassend verfügbar, hat noch nie so viele neue Potentiale befruchtet wie heute. Der technologische Fortschritt und die gesellschaftliche Revolution hin zu Demokratisierung in allen Teilen der Welt haben durch die universelle Teilhabe im Netz gewaltig an Fahrt aufgenommen.

Menschen sind dabei kreativer geworden, da Produktionsmittel nicht zuletzt durch die Open Source und Creative Commons Gemeinde, Wikipedia, Crowdsourcing, Filesharing aber allem voran dem freien Code des Netzes, jedem offen stehen. Die Märkte haben sich noch weiter in Nischen, Subkulturen, Genres und Gattungen zwischen dem althergebrachten Buch, MP3-Download und Computerspiel aufgefächert.

So verschwimmen im Netz auch die Grenzen zwischen Urheber und Nutzer, hin zu Menschen, die immer häufiger gemeinsam schöpfen. Neben der digitalen Mündigkeit tritt dazu die Lust der modernen Generation, sich selbst an Remixen und Mashups zu versuchen und dann im Netz unmittelbare Verbreitung zu erfahren. Kunst als Kommunikationsbegriff wird im 21. Jahrhundert zum ersten Mal wahrhaftig kommunikativ, denn sie hat einen Rückkanal gewonnen.



Diese Kreativen sind nicht nur Nutzer, sie sind auch Urheber. Dabei ist die Abgrenzung, ob kommerziell oder nicht, kaum sinnvoll, denn häufig werden ursprünglich nicht kommerziell geplante Werke im Nachgang kommerziell.

Die technologisch bedingte Verbreiterung der Urheberschaft in Deutschland und Europa trifft jedoch auf den breiten Widerstand der alten Kulturindustrien, das Urheberrecht zu reformieren. Die Schranken des Urheberrechtes sind unflexibel – Eine Fair Use Regelung ist in weiter Ferne.

Und natürlich versagen herkömmliche Strukturen und Geschäftsmodelle, die sich auf den Wandel nicht einstellen. Ein Versagen, das auch unmittelbar mit der bisher strikten Trennung von Urheber und Nutzer zusammenhängt, dem größten Dilemma der UrhR Diskussion: Meistens hat der Urheber die schwächste Position – Die Entscheidungen zu Schutzfristenverlängerungen, DRM Maßnahmen und Privatkopien schützen einseitig die eingehegten Interessen weniger Großkonzerne und behandeln so gut wie nie die für Urheber so wichtige Frage nach Zirkulation, Aufmerksamkeit und Autonomie.

Dass jene Angebote, die Praktikabilität, Kopierbarkeit und weltweite Synchronität bieten, auch honoriert werden, zeigt sich gerade in der Musikindustrie. 38 Prozent Wachstum der digitalen Angebote im ersten Quartal des letzten Jahres verheißt Gutes für eine Branche, die die Digitalisierung über eine Dekade verschlafen hatte. Kultur muss zirkulieren und wenn sie begeistert, wird sie honoriert werden. Das tun Menschen gerne, auch wenn die Industrie mit einer abgründigen Kampagnenschlacht das Bild des gierigen, nimmersatten Konsumenten geschaffen hat. Sie hat dieses Bild geschaffen, damit sie weiterhin das Millionenschwere Abmahngeschäft gegen Filesharer aufrecht erhalten kann.

Doch geht es bei dem digitalen Wandel und der Diskussion um das UrhR bei Leibe nicht nur um Werke der Unterhaltungsbranche. Gerade ein Land, das so maßgeblich von seinen Wachstumspotentialen in der Bildung abhängt, braucht offene und durchlässige Bildungssysteme mehr denn je.

Lehrer machen sich strafbar, wenn sie zu unfähig aus Lehrwerken kopieren, verarbeiten und neu Gestaltetes ihren Schülern digital verfügbar machen. Die digitale Semestermappe,

im Ausland längst Normalität, ist in Deutschland verboten.

Großartige Projekte wie die Deutsche Digitale Bibliothek, das Pendant zu Europeana, leiden laut ihrer Bibliothekare am meisten unter eben jenem restriktiven UrhR und den überlangen, längst nicht mehr praktikablen Schutzrechten. Schutzfristen, die in allen Bereichen zu kulturellem Verlust führen.

Freie und offene Lernformate sind international ein riesiger Wachstumsmarkt, nicht aber in Deutschland. Die Kultusminister haben noch nicht mal Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben, da die Schulbuchlobby und der Börsenverein des Buchhandels das Feld dominiert.

Äquivalent ist das UrhR Dilemma an den deutschen Unis. In Deutschland beteiligt sich keine einzige Uni am weltweit wachsenden OpenCourseWare Consortium, dessen Angebot mittlerweile den freien Zugang zu digitalisierten Vorlesungen von über hundert Universitäten umfasst.

Wir Piraten wollen nicht nur das Urheberrecht umfassend reformieren, sondern auch das Vertragsrecht, das den Schöpfern von Filmen, Büchern, Fotos und Musik mehr Rechte an ihren eigenen Werken einräumt. Und wir wollen Verwertungsgesellschaften wie die GEMA grundsätzlich reformieren, damit nicht nur die großen Fische im Business, die bereits gut über den Verkauf ihrer Werke verdienen, noch mehr bekommen.

Solidarität für die Schwachen ist ein Prinzip, dass gerade den Kulturindustrien gut zu Gesicht stehen würde. Wir wollen, dass Kultur und Wissen zirkulieren kann. Kultur und Wissen, das niemand mitbekommt, existiert nicht.

Dem gegenüber wollen wir Urheber stärken, den Zugang zur Künstlersozialkasse erleichtern, Transparenz, Basisbeteiligung und Solidarität bei den Verwertungsgesellschaften schaffen und bei der Entwicklung neuer, direkter Vertriebsmodelle im Netz unterstützen.

Wir müssen dafür sorgen, dass UrhR im Internet unwichtig wird. Wir brauchen eine Kultur der offenen Bildung und ein Menschenbild, das auf ein faires Miteinander statt Restriktion baut.

Wir stehen für ein Menschenbild der Solidarität, Freiheit und Entfaltung, für das Recht auf Teilhabe an Bildung, Wissen und Kultur, denn Teilen ist das neue Haben!

# DIE REVOLUTION DER FAMILIEN

von Benjamin Stöcker

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ehegattensplitting und Erweiterung der Adoptionsrechte von Homosexuellen hat eine Diskussion in der Union über die sogenannte »Homo-Ehe« wieder Fahrt aufgenommen. Dabei ist der Kampf um die gleichgeschlechtliche Ehe nur ein Symptom einer viel tiefer liegenden Kluft, die sich schleichend in unsere Gesellschaft eingegraben hat. Ein Symptom für eine Veränderung der Gesellschaft in den letzten zwanzig Jahren, welche die althergebrachte Sichtweise auf die Keimzelle der Gesellschaft erschüttert.

Dieser Erschütterung des Familienbildes ist noch keine große gesellschaftliche Debatte gefolgt, die das Problem wirklich deutlich erkannt und benannt hätte und aus der moderne Lösungen entstanden wären, die in Gesetzesform gegossen werden könnten. Die Frage, was die Gesellschaft im 21. Jahrhundert unter einer Familie genau versteht, hängt daher wie ein Damoklesschwert über der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

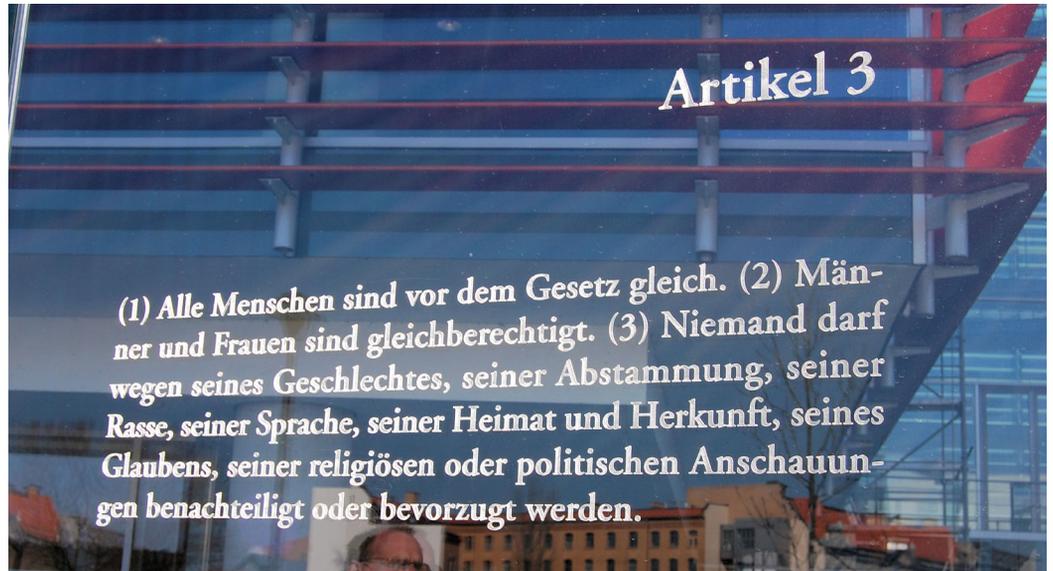
Diese Frage ist dabei eben nicht nur rein philosophischer Natur. Die Eltern unseres Grundgesetzes haben den Schutz von Ehe und Familie als grundlegende staatliche Aufgabe definiert und verankert:

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.



Und damals war klar: Ehe bezeichnet den ewigen Bund eines Mannes mit einer Frau. Und auch der Familienbegriff war sehr genau definiert: Ehe mit Kindern. Das lässt sich so auch in sehr vielen, vor allem sehr alten, aber auch durchaus neueren Urteilen des Bundesverfassungsgerichts nachlesen.

Ist die heteronormative monogame Ehe als Keimzelle der Gesellschaft damit in Deutschland als ewiges Leitbild festgeschrieben, wie es



einige konservative Sturköpfe uns immer wieder vorpredigen?

Nein, das ist sie nicht. So hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil festgehalten, dass zum damaligen Zeitpunkt die gleichgeschlechtliche Ewigkeitsverbindung keinen grundgesetzlichen Schutz genossen habe, ließ aber eine sehr deutliche Tür offen: Wenn sich das Bild der Gesellschaft über die Ehe ändert, so ändert sich auch der grundgesetzliche Schutzbereich. Er ist also nicht auf Ewigkeit definiert, sondern unterliegt einem grundlegenden Gedanken: Die kleinsten Keimzellen, auf denen die Gesellschaft fußt, bedürfen des staatlichen Schutzes.



Und das Bild von Ehe und Familie ändert sich seit ein paar Jahrzehnten massiv und ist weiterhin einem Wandel unterworfen. Mittlerweile sind ca. 75% der Deutschen der Meinung, dass auch eine gleichgeschlechtliche Ehe das ist, was sie ist: Eine Ehe.

Die Ehe wird schon lange nicht mehr für die Ewigkeit geschlossen, sondern ist für die meisten nur noch ein Versprechen auf Zeit. Scheidung ist kein Stigma mehr, mit dem Mensch im welt-

lichen Wertekosmos als gescheitert gebrandmarkt würde, sondern längst gesellschaftliche Normalität. Wenn es dann nicht mehr klappt, wird sich halt getrennt und neu verbunden. Patchworkfamilien nennt man diese Konstrukte, die in urbanen Gegenden mittlerweile eher Norm als Ausnahme sind.

Und selbst eine in der Vergangenheit als unantastbar definierte gesellschaftliche Norm, die Monogamie, gilt nicht mehr als unumstößlich. Die bewusste Verweigerung der bürgerlichen heteronormativen Gesellschaftsentwürfe vergangener Generationen werden zumindest im großstädtischen Raum längst als Lebensentwurf akzeptiert.

»Safe, Sane, Consensual« ist der neue Grundwert: Solange alle Beteiligten an einem Beziehungskonstrukt mündig, aufgeklärt und einverstanden sind, ist alles erlaubt.

Eine Familie ist für viele Menschen längst eine Gruppe von Personen, die füreinander einstehen und füreinander oder für Versorgungsbedürftige Verantwortung übernehmen wollen. Familie ist nach diesem Wertebild genau dann vorhanden, wenn Menschen dauerhaft füreinander Sorge tragen. Wer das genau ist, welches Geschlecht sie haben, ist dabei irrelevant. So wird das Familienbild des 21. Jahrhunderts aussehen.

Und es wird Zeit, diesen Wertewandel endlich mit einer breiten gesellschaftlichen Debatte zu begleiten und im zweiten Schritt durch Gesetzesanpassung die Diskriminierung alternativer Lebensmodelle zu beenden. Die Gleichstellung der »Homo-Ehe« ist dabei nur ein – notwendiger – erster Schritt.

# PASST DIE SCHULE ENDLICH DEN SCHÜLERN AN!

von Hilmar Vogel

Anna ist 10 Jahre alt und kommt in die 4. Klasse – und wie sagen ihre Eltern so schön: „Jetzt geht's um die Wurst!“ Der Druck auf Eltern, Kinder und Lehrer wächst: So wird gelernt, gepaukt, geübt und manchmal fließen auch Tränen, wenn eben gar nichts mehr geht. Am Schluss muss der nötige Durchschnitt her, ansonsten landet Anna vielleicht in der falschen „Bildungsschublade“ und nicht auf dem Gymnasium. Muss das so sein?

„Ganz kess gehen wir noch einen Schritt weiter: Lasst uns die Kurse auch schon ab der 7. Klasse oder gleich nach der Grundschule verwenden, und wir haben die flexible Schullaufbahn.“

Die Vorteile liegen auf der Hand. Endlich kann ein Schüler die einzelnen Fächer mit seinem Lerntempo angehen; er muss nicht alle Kurse auf dem höchsten „Level“ fahren. Da genügt

In Deutschland gibt es dafür natürlich landesweite Standards, festgezurr von der Kultusministerkonferenz. Hat man diese erreicht, gibt es den Abschluss evtl. mit einer Abschlussprüfung.

Im flexiblen Schulsystem geht das genauso. Zum Beispiel erreicht man den Hauptschulabschluss nach dem Bestehen der Kurse in Mathe, Deutsch und Englisch auf Klassenniveau 9. Das kann dann auch mal nur acht Jahre dauern; das hängt vom Lerntempo des Kindes ab und nicht von staatlichen Vorgaben, eben flexibel. In der Erwachsenenbildung lässt sich das System problemlos fortsetzen, ohne Verrenkungen und seltsam komplizierte Sonderkonstrukte. Also alles aus einem Guss!

Dieses Schulsystem verschmilzt die alten Schubladen durch das Kurssystem, Schulen sind flexibler, sie können sich ganz den lokalen Gegebenheiten anpassen: Der Schüler steht wieder im Mittelpunkt der Schule und nicht das System.

Eine solche Veränderung benötigt die Unterstützung aller Beteiligten – Eltern, Lehrer und Schüler. Das System ist kein Allheilmittel. Es stellt den Rahmen, in dem die Schule abläuft. Dieser muss noch mit frei zugänglichen Lehrmitteln, gut ausgebildeten Lehrern und einer modernen Ausstattung an den Schulen gefüllt werden.



Nein – klar, die Arbeitswelt erwartet flexible, spezialisierte und gut ausgebildete Menschen. Doch könnte ein modernes Bildungssystem nicht einfach selbst flexibel sein und den Schülern die Möglichkeit bieten, Schwerpunkte gemäß ihren Stärken und Schwächen zu setzen?

Möglich wäre es; jedoch hat sich das Bildungssystem in den letzten Jahren leider in die andere Richtung entwickelt. Das heutige System passt sich nicht dem Schüler an. Im Gegenteil: Der Schüler muss sich seiner „Bildungsschublade“ anpassen, Kopf runter und durch, heißt es dann. Auf Fragen wie: „Warum muss ich das eigentlich lernen, Papa?“, bekommt man dann schnell die Antwort: „Sonst bekommst du keinen Abschluss!“

Hallo? Dabei geht es doch auch anders. Machen wir das System flexibel und verbiegen wir nicht den Schüler. Führen wir doch wieder die Möglichkeit ein Fächer zu wählen, die den Fähigkeiten des Schülers entsprechen. Das wurde aus der Oberstufe vor 10 Jahren mit dem schnellen G8 einfach wegrationalisiert.

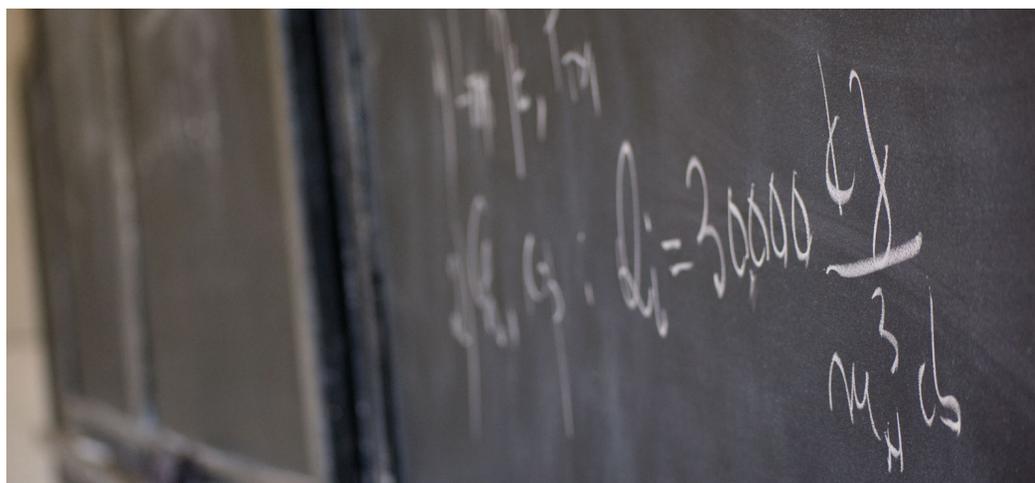
Es gäbe dann Englisch in drei Schwierigkeitsgraden oder wie die Kinder heute gern sagen „Le-

veln hier und da nur die mittlere Schwierigkeitsstufe. Die Ehrenrunde, in der man ja alle Fächer noch einmal durchkaut, auch wenn man nur in einigen schlecht war, fällt weg. In den bestanden Fächern geht es einfach weiter, nur die mislungenen werden wiederholt, wenn nötig mit einem Zusatzkurs. Das kann dann jeder schaffen, nicht nur jene, die teure Nachhilfe genießen.

Bleibt die Frage: „Wann habe ich meinen Abschluss in der Tasche?“

Ein Punkt sollte noch klar gestellt werden: Es wird nicht das Durchfallen abgeschafft. Die Schüler sollen auf das Leben vorbereitet werden und in diesem gibt es leider ebenfalls Rückschläge und Misserfolge; die wird es auch in der Schule geben. Doch wirken sich Misserfolge nicht so drastisch aus, denn sie betreffen dann lediglich das entsprechende Fach.

Deshalb: Her mit der flexiblen Schullaufbahn, anstatt am alten starren System für Schubladen-Schüler herumzudoktern.



# NEUSTART IN DER DROGEN- UND SUCHTPOLITIK

von Florian Deisenrieder

„Der Konsum und Erwerb von Genussmitteln muss legalisiert werden.“ So lautet ein Satz im Grundsatzprogramm der Piratenpartei. Im Programm zur Bundestagswahl wird als konkreter erster Schritt gefordert: „Der private Umgang mit psychotropen Substanzen muss komplett entkriminalisiert werden.“

**D**och was bedeutet das? Als „Droge“ zählen alle psychotropen Substanzen, sprich alle Stoffe, welche die Psyche des Menschen beeinflussen. Manche dieser Stoffe – wie z. B. Alkohol – erfahren bei uns als Genussmittel breite Akzeptanz; andere Stoffe – wie z. B. Cannabis – werden als illegale Droge eingestuft und deren Konsumenten verfolgt. Diese Unterscheidung beruht nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern auf historisch-politischen Entscheidungen.

Wenn Piraten einen Neustart in der Drogenpolitik fordern, bedeutet dies zuerst eine Neuordnung der aktuellen Regelungen anhand des Gefahrenpotentials einzelner Substanzen. Denn bei den sogenannten „illegalen Drogen“ handelt es sich nicht um ein Randphänomen. Ca. 27 % unserer Bevölkerung haben bereits mindestens einmal in ihrem Leben eine Substanz konsumiert, die als „illegal“ eingestuft wird. Über ein Viertel der Bevölkerung wird durch die aktuellen Regelungen kriminalisiert.

Die mit Abstand am meisten konsumierte illegale Droge ist Cannabis. Auch wenn Cannabis keine gänzlich ungefährliche Substanz ist, so zeigen wissenschaftliche Untersuchungen wie auch praktische Erfahrungen aus anderen Ländern, dass ein selbstbestimmter Konsum und eine legale Abgabe möglich sind.



Als Sofortmaßnahme fordern wir daher 30 Gramm duldbaren Besitz zum Eigenkonsum für Volljährige. Wobei dies nur der Anfang sein kann. Längerfristig halten wir eine vollständige



Legalisierung des Cannabismarktes – vom Anbau über Handel bis zum Konsum – für sinnvoll. In Bayern wollen wir dazu sogenannte „Cannabis Social Clubs“ einführen. Das sind nichtkommerzielle Vereine, in denen Hanfpflanzen kollektiv zum Eigengebrauch angebaut werden können. Bundesweit setzen sich Piraten für lizenzierte Fachabgabestellen für psychotrope Substanzen ein. Dies sind Läden, die ab Vollendung des 18. Lebensjahrs zugänglich sind und in denen neben Zigaretten und Spirituosen auch Cannabis erhältlich ist.

Erst solche legalen Abgabestellen ermöglichen einen Verbraucherschutz durch Qualitätskontrollen. Denn meist sind Verunreinigungen in Substanzen (z. B. Blei oder Haarspray in Hanfprodukten) um ein Vielfaches gefährlicher als die Substanz selbst. Als Sofortmaßnahme wollen wir deswegen das sogenannte „Drug-Checking“ erlauben: Konsumenten können ihre Genussmittel auf Beimischungen testen lassen, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen.

Aber auch Konsumenten anderer Drogen ist nicht geholfen, wenn man sie verfolgt und in Gefängnisse steckt. Viel eher gilt es, Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen zu helfen, sei es durch Drogenkonsumräume, Spritzenautomaten oder Substitutionsbehandlungen.

All diese Maßnahmen funktionieren nur, wenn sie durch umfassende Aufklärung unterstützt werden. Dazu gehören schon sehr früh ansetzende Maßnahmen im Kindesalter (z. B. Lernen, Gruppenzwang zu widerstehen), aber auch die ideologiefreie Aufklärung Jugendlicher. Die Forderung nach absoluter Abstinenz ist dabei

sowohl unrealistisch als auch unwirksam. Stattdessen muss man positive wie negative Effekte ehrlich benennen, Eigenverantwortung stärken und riskanten Konsum verhindern. Als Teil der Prävention plädieren wir u. a. für ein Werbeverbot aller Drogen inklusive Tabak und Alkohol.

Dass ein legaler regulierter Markt mit Jugend- und Verbraucherschutz im Gegensatz zum jetzigen Schwarzmarkt funktionieren kann, zeigen die Erfahrungen aus Portugal. Dort ist bereits seit über 10 Jahren der Besitz von bis zu 10 Tagesdosen sämtlicher Drogen entkriminalisiert und nur noch eine Ordnungswidrigkeit. Trotzdem ist in Portugal keine „Drogenhölle“ entstanden, der Anteil der Drogenkonsumenten hat nicht einmal zugenommen.

Auch international hätte eine Legalisierung positive Auswirkungen. Derzeit sterben jährlich Tausende Menschen in Lateinamerika und Afghanistan im Krieg gegen Drogen und Milliardenbeträge fließen in kriminelle mafiöse Strukturen. Bei einem legalen Markt würden diese Gelder durch Abgaben oder Steuern an den Staat gehen, der damit wiederum Präventions- und Therapieangebote ausbauen könnte, was ein Gewinn für alle Beteiligten wäre.

Zusammenfassend bedeutet der Neustart in der Drogenpolitik, dass wir eine Politik verfolgen, die riskantem Drogengebrauch durch Prävention entgegenwirkt sowie Risikokonsumenten und Schwerstabhängigen durch Therapieangebote hilft. Der Gesetzgeber darf nur dort eingreifen, wo die Rechte anderer berührt sind. Er soll einen effizienten Jugend- und Verbraucherschutz sicherstellen und das organisierte Verbrechen eindämmen.

## ÖFFNET WAGNER!

Von Bruno Kramm

Der Stolz der alt eingesessenen Bayreuther auf den großen deutschen Tonsetzer Richard Wagner ist unerschütterlich. Dabei bleibt für die meisten Bayreuther das Spektakel auf dem grünen Hügel unerreichbar. Es ist den prominenten Eliten aus Politik und Kultur vorbehalten. Das Public Viewing belegte eindrucksvoll das Interesse der Bürger an dem größtenteils von der öffentlichen Hand finanzierten Kulturereignis des Jahres, dessen Eintrittskarten entweder viel zu teuer sind oder auf viele Jahre im Voraus gebucht werden müssen. Die Kritik an der intransparenten Kartenvergabe ist dabei nicht nur auf Bayreuth beschränkt – sogar der Bundesrechnungshof verlangte unter Vorbehalt einer weiteren Finanzierung die lückenlose Offenlegung der dubiosen Vertriebswege für die limitierten Kartenkontingente.

Dennoch, wie in fast allen Bereichen moderner, subventionierter Kulturbetriebe stellt sich die Frage nach der umfassenden Teilhabe aller Bürger, die den größten Teil dieses Events durch ihre Steuergelder finanzieren. Der Forderung nach Aufzeichnung und deren Bereitstellung im Internet unter einer Creative-Commons-Lizenz, die dann jederzeit vom interessierten Publikum abgerufen werden kann, entspricht dem Ansatz der weltweiten Open-Commons-Bewegung. Eventuelle Leistungsschutzrechte der Interpre-



ten sollten sich im Rahmen der üppigen Gagenverhandlungen durchaus kompensieren lassen. Die Rechte an den Werken des im Jahre 1883 verstorbenen Richard Wagner gehören sowieso seit einem halben Jahrhundert der Allgemeinheit.

Eine Creative-Commons-Lizenz würde darüber hinaus auch den Remix und die Bearbeitung für Künstler aller Stilrichtungen ermöglichen. Die Reflektion der Werke Richard Wagners könnte gerade Bayreuth mit seiner einst internationalen Strahlkraft als innovatives Theater neue Im-

pulse verleihen, die es in den letzten Jahrzehnten so schmerzlich hat vermissen lassen.

Was die Nutzung des ebenfalls zum größten Teil öffentlich finanzierten Festspielhauses betrifft, sollte auch die Frage erlaubt sein, warum wir noch im Jahr 2013 ein akustisch so optimal ausgestattetes Haus nur den Werken Richard Wagners andienen.

Foto: CC-BY - C.H.R.E.C - <http://www.flickr.com/photos/30501219@N03/4248576589/>

## „ICH WILL TANZEN, NUR TANZEN, LASST MICH ENDLICH TANZEN, VOLL ABGEH'N; ICH WILL MICH NUR NOCH DREH'N!“

„House Rockerz“ featuring „Unter Druck“  
von Benjamin Stöcker

Wir sind im Jahre 2013, im Jahre 64 dieser Republik und man könnte meinen, wir würden in einer offenen, modernen, aufgeschlossenen Gesellschaft leben. Könnte man meinen. Tatsache ist aber, dass wir immer noch in einer Gesellschaft leben, die gerne verbietet. Das Tanzen zum Beispiel.

In Bayern ist es an neun Tagen im Jahr gänzlich verboten. Wir sollen gegenüber der Religion anderer respektvoll sein. Oder den Kriegstoten gegenüber. Und diesen Respekt zeigen wir bitte auf korrekte Art und Weise. Das Leben zu genießen, die Tatsache zu feiern, dass man noch am Leben ist, ist bitteschön die moralisch falsche Art!

Welchen Trauernden, welchen Gläubigen störe ich denn, wenn ich mich um 3 Uhr nachts in der Disko in Ekstase tanze? Keiner verlangt die Erlaubnis, auf dem Altar zu tanzen. Wir wollen nur in Ruhe das Leben auf unsere Art und Weise ge-

nießen. Aber aus den Gesetzen dieses Freistaates schallt es einem entgegen: Seiet artig und fromm - und tanz nicht so viel!

Und als wäre das nicht genug, können Städte noch Sperrzeitverlängerungen beschließen. Feiern nach zwei Uhr im kleinen Untergrundclub deiner Stadt? Verboten. Warum? Weil die „jungen Menschen“ beim Heimgehen zu viel Lärm machen könnten - sagt man zum Beispiel in Bamberg.

Dabei zeigen die ersten Erfahrungen: Die Sperrstunde macht die Innenstadt noch lauter. Denn anstelle eines steten Abflusses der Gäste aus den Clubs über Stunden hinweg, stehen jetzt alle zusammen um punkt 2 Uhr auf der Straße.

Weitere Folge der Sperrstunde: Finanziell lohnen sich nur noch Partys, die auf schnelles Konsumieren von Alkohol ausgelegt sind. Die Clubs, die

ein kulturell hochwertiges Programm anbieten, haben es schwerer, finanzieren sich diese doch meist mit anschließenden gediegenen Feiern.

Leider scheinen es manche nicht zu verstehen: Man kann weder Trauer vorschreiben, noch kann man Menschen vorschreiben, sich an die Regeln des Glaubens anderer zu halten, noch kann man ihnen verbieten, das Leben auf ihre Art und Weise zu genießen. Stehen die Leute halt jetzt nachts auf der Unteren Brücke, um dort Kultur unter freiem Himmel zu zelebrieren. Mit all den Folgen, die sich daraus ergeben.

Ich möchte da lieber Toleranz, gegenseitigen Respekt und Verständnis für die kulturellen Bedürfnisse des anderen. Oder um es anders auszudrücken: Oper und Symphoniker für euch, Poetry Slams und Clubkultur für uns. Deal?

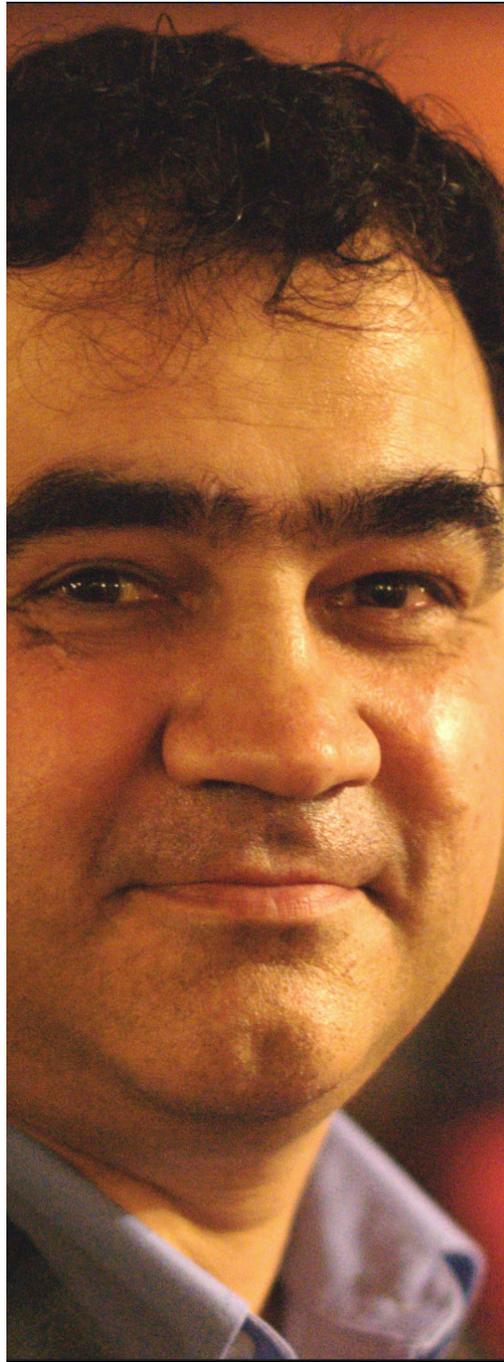
## IHRE KANDIDATEN FÜR OBERFRANKEN

**Benjamin Stöcker**  
(Diplom-Informatiker - Landtag)



Benjamin Stöcker, Jahrgang 1981, aufgewachsen in Bayreuth, hat in Coburg Informatik studiert und arbeitet seitdem als Softwareentwickler für Testsysteme in der Automobilindustrie im Landkreis Bamberg. Stöcker ist seit 2009 Mitglied der Piraten und war Mitglied des Bundesvorstands. Im Landtag möchte er sich für die Liberalisierung des Ladenschlusses, eine Modernisierung des Parlaments, ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild und eine zeitgemäße Medienpolitik einsetzen.

**Christian Doser**  
(Arbeitsvermittler - Landtag)



Hier geboren und aufgewachsen, kenne ich Oberfranken mit seinen Stärken und Schwächen. Seit über zehn Jahren bin ich als angestellter Arbeitsvermittler in der Bundesagentur für Arbeit mit dem regionalen Arbeitsmarkt vertraut. Ich habe nicht Politik studiert und denke noch selbst, wie Sie auch. Es wird Zeit, dass wieder Menschen, wie Sie und ich, denen die Probleme im „normalen“ Leben nahe sind, die Interessen der Bevölkerung in den Parlamenten vertreten. Freies Bildungswesen, ehrliche, transparente Politik und eine ständige Verbindung zur Basis sind Grundsteine dafür.

**Stefan Bassing**  
(EDV-Berater - Bezirkstag)



Seit meiner Geburt ist der Landkreis Kronach meine Heimat und ich verdiene hier meinen Lebensunterhalt. Das unterscheidet mich von den vielen Berufspolitikern: Ich kenne die Mühen des Geldverdienens und die Kosten des täglichen Lebens. Die meisten Mandatsträger agieren abgehoben von den Sorgen und Wünschen der Bevölkerung und treffen Entscheidungen nicht nachvollziehbar unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Als ganz gewöhnlicher Bürger trete ich deshalb an, um dafür zu sorgen, dass politische Entscheidungen wieder nachvollziehbar und mit gesundem Menschenverstand getroffen werden.

**Bruno Kramm**  
(Musikproduzent - Bundestag)



Geboren in München, wurde meine Familie wegen der in den 70ern neu errichteten Universität in Bayreuth sesshaft. Gleich nach dem Gymnasium eröffnete ich hier mein Tonstudio und die Plattenfirma Danse Macabre. Meine Karriere als Musiker und Musikproduzent führte mich auf zahlreichen Tourneen in alle Regionen der Welt. Bei allen Unterschieden der Länder, Kulturen und Mentalitäten - Der digitale Wandel der letzten zwei Jahrzehnte hat uns in einem atemberaubenden Tempo zusammenrücken lassen. Diese Vernetzung ermöglicht eine umfassende Teilhabe an Bildung, Wirtschaft und Kultur.

**Dirk Marky**  
(Kfm. f. Tourismus und Freizeit - Bundestag)



Als Ihr Direktkandidat möchte ich die Politik der Piratenpartei auch im Bundestag mit etablieren, das heißt für mich eine nachvollziehbare, faktenorientierte, ehrliche und bürgernahe Politik für das 21. Jahrhundert. Schluß mit unserer „Lobbykratie“, Schluß mit „marktkonformer Demokratie“. Das einzige was in Deutschland systemrelevant ist, sind die Menschen, das einzige was alternativlos sein darf, sind die Grund- und Bürgerrechte. Freiheit für Menschen, statt Freiheit der Märkte! Freude auf die Zukunft statt Zukunftsangst! Bürgerdemokratie statt Lobbykratie!

**Karlheinz Seidl**  
(Dipl.Soz.Päd.(FH), Altenpfleger - Bezirkstag)



Durch meine langjährige berufliche Arbeit als Sozialpädagoge, Altenpfleger und Berufsbetreuer bin ich kompetent für sachgerechte, bürgerfreundliche Entscheidungen als Bezirksrat. Das gilt besonders für die überörtliche Sozialhilfverwaltung und für den Bezirk als Träger psychiatrischer und anderer sozialer Einrichtungen. Ich will ein Angebot für den ganz normalen Bürger sein, ihn dort zu vertreten. Meine „Lobby“ sollen die sein, die wirklich staatliche Hilfe brauchen und nicht die, die ihn als Selbstbedienungsladen mißbrauchen wollen.

# „ALLE STAATSGEWALT GEHT VOM VOLKE AUS“

von Bernd Fischer

So beginnt Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Bei den wichtigsten politischen Entscheidungen der letzten Jahre, z. B. den allseits bekannten heftigen Auseinandersetzungen um den Ausbau des Stuttgarter Bahnhofs („Stuttgart 21“), taucht dieser Gedanke jedoch kaum auf. Wir finden: Hier muss sich etwas ändern!



Doch wie können wir dem Gedanken des Artikel 20 Abs. 2 GG neue Inhalte geben?

Ein Weg könnte sein, dass man die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen und Planungsprozessen intensiviert. Daneben sind direkte demokratische Entscheidungsverfahren auszubauen und bestehende Hürden zur Bürgerbeteiligung zu senken.

Zunächst einige Worte zum Begriff „Bürgerbeteiligung“.

Bürgerbeteiligung ist eine frühzeitige Einbeziehung des Bürgerwillens oder der Bürgermeinung in politische Entscheidungsprozesse.

Dies kann geschehen, indem man neue Vorhaben den Bürgern rechtzeitig bekannt macht und die Bürger auffordert, ihre Ideen, Bedenken, Änderungs- oder Verbesserungsvorschläge einzubringen. Beispiel eines bestehenden Verfahrens in dieser Richtung ist auf kommunaler Ebene die frühzeitige Bürgerbeteiligung bei

der Aufstellung von Bebauungsplänen (Stadtplanung). Das Verfahren ist gesetzlich geregelt, gerichtlich überprüfbar und führt bei Fehlern zur Nichtigkeit der Entscheidung.

Eine andere Variante ist die sogenannte informelle Bürgerbeteiligung. Bei diesen gesetzlich nicht geregelten, freiwilligen Verfahren geht es weniger um Rechtsschutz und individuelle Interessen als vielmehr darum, gemeinsam mit anderen Bürgern Lösungen zu allen erdenklichen kommunalpolitischen Themen zu finden. Beispiele sind hier die Bürgerversammlung zur Frage der Kriminalprävention in einem problematischen Stadtviertel oder moderierte Veranstaltungen bis hin zu aufwändigen Beteiligungsverfahren bei der Aufstellung einer lokalen Agenda. Die Verwaltung fungiert hier nur als fachlicher Berater und Moderator, nicht als Entscheidungsträger.

Dieser Aspekt der Bürgerbeteiligung wird ergänzt durch Verfahren der direkten demokratischen Beteiligung. Darunter sind auf Landesebene Volksbegehren und Volksentscheid (z. B. erst kürzlich für die Abschaffung der Studiengebühren in Bayern) und auf kommunaler Ebene das Bürgerbegehren sowie Bürgerentscheid und Ratsbegehren zu verstehen (Beispiel „Dritte Startbahn“ am Münchener Flughafen). Hier führen die Bürger selbst eine politische Entscheidung herbei.

Leider haben bestehende förmliche Verfahren oftmals lediglich Alibifunktion. Ein Beispiel ist das Beteiligungsverfahren bei großen Bauvorhaben wie dem Bau von Autobahnen, Eisenbahnlinien oder Stromtrassen. Hier kann der Bürger die oft durch die „übermächtige“ Verwaltung bereits vorweggenommenen Entscheidungen nicht mehr wirklich beeinflussen.

Hier gilt es anzusetzen und das Bestehende sinnvoll auszubauen oder zu ergänzen.

Wie könnte das geschehen?

Ausgangspunkt einer zielführenden Form der Bürgerbeteiligung sollte eine Plattform sein, die für jedermann erreichbar ist. Durch das Medium Internet liegt es nahe, eine solche Plattform dort zu schaffen.

Diese Plattform kann man zunächst auf den jeweiligen politischen Ebenen (Länder, Bezirke und Gemeinden) installieren. Der Landkreis Friesland geht hier bereits voran. Dort wurde vor kurzem das in der Piratenpartei schon seit längerem verwendete Liquid-Democracy-System zur Beteiligung aller interessierten Bürger ein-

geführt. Warum sollten wir das hier in Oberfranken nicht auch können?

Egal wie die Plattform letztendlich aussieht, es sollten dort einerseits geplante Vorhaben durch die politischen Entscheidungsträger vorgestellt sowie in die Diskussion eingebracht werden, andererseits sollte auch die Möglichkeit bestehen, Anregungen oder Verbesserungsvorschläge durch bürgereigene Initiativen einzubringen. Daneben soll diese Plattform auch die Möglichkeit schaffen, über dort behandelte Vorhaben erste Entscheidungen zu treffen. Bereits heute wäre es über den Umweg des Ratsbegehrens möglich, abschließende Entscheidungen durch Bürgerentscheide zu fällen.

Auf Landesebene ist die bisherige Regelung über Volksentscheide noch verbesserungswürdig. Darüber hinaus wollen wir bayerischen Piraten Teile des Landentwicklungsplanes auf die Bezirksebene zu verlagern. Details findet man hier: <https://piratenpartei-bayern.de/wahlprogramm2013/demokratie-und-burgerbeteiligung/>.

Im Übrigen haben wir im Bezirk Oberfranken einige interessante Projekte, bei denen wir Bürgerbeteiligung umsetzen können.

Dies ist im Coburger Raum der Anschluss nach Thüringen durch eine Bahntrasse (Werratalbahn). Auch das Thema der durch den Coburger Raum führenden „Stromautobahn“ oder 380 KV Leitung könnte hier herangezogen werden, weil der Teil, der das Coburger Land betrifft, derzeit dem Planfeststellungsverfahren zugeführt wird.

Auch im Bamberger Raum stehen zwei interessante Themen auf der Agenda: Das ist einmal die Neugestaltung der durch Bamberg führenden Bahnlinie (hier ist die „Bamberger Mauer“ vom Tisch). Das 2. Thema ist die Neugestaltung des ehemaligen Geländes der amerikanischen Streitkräfte – kurz Konversion – klingt besser als Umnutzung von Gebäuden und Flächen.

Das sind Bereiche, bei denen Bürgerbeteiligung geprobt und sinnvoll umgesetzt werden könnte.

Damit wir in Bayern und Oberfranken mehr Bürgerbeteiligung leben können, sind die notwendigen Grundlagen zu schaffen, zu ändern und zu verbessern. Das ist aber nur in den zuständigen Gremien (Bundestag, Landtag und Bezirkstage) möglich. Auch deshalb gilt bei den jetzt anstehenden Wahlen: „PIRATEN wählen!“

Foto: CC-BY-SA - Awaya Legends - <http://www.flickr.com/photos/awaya/44122759/>

# DEMOKRATIE IM 21. JAHRHUNDERT

von Christina Grandrath

„Die Piratenpartei Deutschland sieht Demokratie als die bestmögliche Herrschaftsform, da nur eine echte Demokratie ein faires und gerechtes Miteinander sowie den Ausgleich der Interessen Einzelner innerhalb des Staates ermöglicht.“

dagegen, sie zu veröffentlichen. Aber alles dafür.

Nur wenn jeder Einwohner die Möglichkeit hat, selbst Verträge der öffentlichen Hand oder Studien zu Gesetzesvorhaben und Bauprojekten zu

Forderung wäre weltfremd - sondern damit der Wähler sehen kann, wie der einzelne Abgeordnete bei seinen Entscheidungen abgewogen hat.

Deshalb gehören nicht nur die Nebenverdienste von Abgeordneten veröffentlicht - und zwar ab dem ersten Euro - sondern auch die Beziehung der Abgeordneten zu ihren Angestellten. Denn nicht nur eine Blutsverwandtschaft kann ein Grund für eine unangemessene Anstellung sein. Darüber hinaus sollten Parlamentarier ihre Mitgliedschaft in Vereinen offenlegen.

Transparenz endet aber nicht beim einzelnen Abgeordneten, sondern muss auch in die Fraktionen und Ausschüsse einziehen. Denn viele Entscheidungen werden zwar im Plenum „abgeknickt“, aber zuvor hinter verschlossenen Türen ausgehandelt. Leider werden im bayerischen Landtag solche Debatten so gut wie gar nicht dokumentiert. Mehr als ein Abstimmungsergebnis wird nicht protokolliert. Damit ist nicht nachvollziehbar, wer die Politik im Freistaat wie beeinflusst.



Diese Worte stehen im Programm der Piratenpartei. Sie stehen für ein klares Bekenntnis zu fairem Miteinander. Zu Beteiligung an allen Entscheidungen, die uns alle betreffen. Nur echte Demokratie ermöglicht den Ausgleich zwischen den Interessen und Bedürfnissen aller Menschen. Unsere Demokratie ist jedoch heute noch genauso organisiert wie vor hundert Jahren. Damals war es schlicht undenkbar, dass Menschen jederzeit und in Sekundenschnelle mit anderen Menschen auf der ganzen Welt Kontakt aufnehmen können. Oder dass das Wissen der Welt jedem offen steht.

## Freie Information für alle

Die Digitalisierung und das Internet haben unsere Gesellschaft revolutioniert. Unsere Welt ändert sich im Eiltempo: Warum sollte sich dadurch nicht auch die Art und Weise ändern, wie wir Demokratie leben?

Nie zuvor hatten wir so viele Möglichkeiten, unsere Demokratie offen, transparent und barrierefrei zu gestalten. Während Informationen früher nur auf Papier in Akten vorlagen und das Kopieren und Verbreiten dieser Informationen aufwendig und teuer war, kann heutzutage eine digitale Akte praktisch kostenfrei kopiert und jedem Menschen jederzeit zugänglich gemacht werden. Und solange die Akten keine personenbezogenen Daten enthalten, spricht auch nichts

lesen und zu verstehen, kann er sich selbst eine Meinung bilden und eine informierte Entscheidung treffen. Suchmaschinen und passende Informations-Verwaltungssysteme ermöglichen es, auch große Datenmengen zu durchsuchen, zu katalogisieren und begreifbar zu machen. Nur freie Information nützt unserer Demokratie.

Klingt utopisch? Keineswegs! In Ländern wie den USA oder Schweden ist die Informationsfreiheit gang und gäbe. Selbst Hamburg hat ein Transparenzgesetz beschlossen. Das zeigt ganz deutlich, dass es nur Mut und politischen Willen braucht, um unsere Demokratie mit zeitgemäßen Mitteln zu organisieren und zu gestalten.

## Transparenz statt Filz

Nicht nur die Verwaltung braucht dringend eine Modernisierung. Auch unser Parlament steckt mit seinen Gepflogenheiten und seiner Organisationsstruktur im letzten Jahrhundert fest. Insbesondere hier ist Transparenz und Veröffentlichung von Informationen nötig, werden doch im Parlament die Regeln für unsere Gesellschaft in Gesetzesform gegossen und über die Verwendung der Steuergelder entschieden.

Transparenz fängt bei den Abgeordneten an. Interessenskonflikte, denen jeder Abgeordnete unterliegt, müssen offengelegt werden. Nicht weil sie dadurch verhindert würden - solch eine

## Digitales Parlament

Solch eine Kultur der Offenheit könnte durch seine zentrale Parlamentssoftware technisch unterstützt werden. Dieses „digitale Parlament“ würde den Weg jedes Antrags durch den Gesetzgebungsprozess protokollieren. Der aktuelle Status kann jederzeit aufgefunden, jede Expertenanhörung kann nachvollzogen, Wortprotokolle und Aufzeichnungen in Plenum und Ausschusssitzungen können dokumentiert werden. Letztlich kann damit das Abstimmungsverhalten jedes einzelnen Abgeordneten festgehalten werden. Schlagworte und Verweise würden Verknüpfungen zwischen verschiedenen Anträgen ermöglichen. So wäre es für jeden Menschen möglich, die politische Entscheidungsfindung in Bayern im Detail nachzuvollziehen, und die Kontrolle der Abgeordneten durch die Einwohner wäre gegeben.

Eine solche Software würde auch mehr Bürgerbeteiligung erlauben: Man könnte das System so gestalten, dass Einwohner einzelne Anträge kommentieren und bewerten können und so den Parlamentariern wichtiges Feedback für ihre Arbeit geben. Darüber hinaus wäre ein neues Petitionssystem möglich. Wenn ein Antrag genügend Unterstützer in der Bevölkerung findet, könnte er direkt in den parlamentarischen Betrieb eingebracht werden. Volksbegehren wären so wesentlich leichter möglich. Damit würde unsere Demokratie endlich im 21. Jahrhundert ankommen.

## BILDUNG IST NIE ZU TEUER

von Bruno Kramm

„Wir lernen fürs Leben“ bekommt im Internetzeitalter ein Update; denn das Internet verändert die Art und Weise, wie wir lernen und lehren. Neben neuen Fächern sind es vor allem Techniken und Organisationsformen, die wir benötigen, um in einem inflationären Angebot von Informationen und Wissen das für uns Nützliche herauszufiltern und uns auf das

und mobilen Endgeräten um als ihre Lehrer.

Dabei macht es das digitale Aufbereiten von Lernmitteln aus verschiedensten Quellen möglich, Lerninhalte in offenen Präsentationsformaten zu vereinen, die individuelles Lernen unabhängig von Ort, Zeit, persönlicher Begabung und Lernstil fördern.



Wesentliche zu konzentrieren. Die Stichworte „digitale Mündigkeit“ und „Medienkompetenz“ umschreiben somit zwei der wichtigsten Fähigkeiten, die Menschen heute beherrschen müssen, wenn lebenslanges Lernen mehr denn je an die Stelle fest abgeschlossener Ausbildungszyklen tritt. Das Lernen und Adaptieren neuer, sich ständig entwickelnder Techniken und Medien ist gehört heute zur individuellen Entwicklung bis ins hohe Alter. Dagegen ist die Fähigkeit, Informations- und Medienkompetenz zu vermitteln, nur durch ein umfassendes und stetiges Schulungskonzept für pädagogische Fachkräfte zu erreichen; denn vielfach gehen die Schüler bereits weitaus selbstverständlicher mit dem Internet

Die Technik des „Remix“ (Kombinieren verschiedener Quellen) und das synchrone kollaborative Erarbeiten von Lerninhalten sind die Zukunft der Bildung.

Digitale Lernmittel (OER – Open Educational Resources) sind weltweit auf dem Vormarsch, jedoch ist Deutschland eines der weltweiten Schlusslichter. OER hat international zu einem Bildungsboom geführt und setzt wesentlich auf das Lizenzmodell „Creative Commons“. Es wird in Deutschland jedoch durch die starke Lobby der Schulbuchverleger blockiert. Die sieht ihr lukratives Geschäftsmodell zwischen staatlicher Lernmittelzulassung in den Ländern und dem

Schulbuchmonopol in Gefahr. Die Bundesregierung hat sich diesem Lobbydruck gebeugt: So machen sich in Deutschland Lehrer weiterhin strafbar, wenn sie zu umfangreiche Inhalte aus Schulbüchern digitalisieren und mit anderen Quellen für ihre Schüler kombinieren.

Die Schaffung einer umfassenden Bildungs-schrankenregelung des Urheberrechts würde Lehrer und Schüler aus dieser kriminellen Grauzone befreien, denn der befristete § 52a des Urhebergesetzes widerspricht nicht nur der alltäglichen Praxis im Netz, sondern auch dem internationalen Erfolg digitaler Lernmittelfreiheit.

Das gleiche gilt für das OCWC (Open Courseware Consortium) und Open Access (Freier Zugang zu Wissen und Forschung) an den deutschen Universitäten. Wer sich einmal auf <http://www.ocw-consortium.org/> durch die online verfügbaren Vorlesungen internationaler Universitäten klickt, kann eine schier unfassbare Tiefe und Vielfalt frei verfügbarer Vorlesungen und Bildungsmedien entdecken. Eine Vielfalt, die jedem Menschen auch ohne Hochschulreife zur Verfügung steht.

Auf den zweiten Blick stellt sich die Frage, warum nicht eine einzige deutsche Universität ihre Vorlesungen im Internet bereitstellt. Statt die Machbarkeit zu prüfen und das auch hier hinderliche Urheberrecht zu reformieren, wurde dem Druck der Lobby der Wissenschaftsverlage nachgegeben. Wissen und Bildung bleiben im Land der Dichter und Denker eingezäunt.

## SPENDE FÜR UNSEREN WAHLKAMPF

Es ist nicht Deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist. Es wär nur Deine Schuld, wenn Sie so bleibt. (Die Ärzte)

Demokratie ist etwas Wunderbares. Du kannst Dich zurück lehnen und Dein Schicksal anderen überlassen oder Du kannst selber mitentscheiden, wo die Reise hingehen soll.

Als Mitmachpartei mit niedrigem Mitgliedsbeitrag sind wir sehr auf Spenden angewiesen um unsere Projekte und unseren Wahlkampf zu finanzieren. Infostände müssen bezahlt, Flyer müssen gedruckt, Arbeitsräume für Konferenzen und Arbeitstreffen müssen bezahlt werden. Dabei freuen wir Piraten uns vor allem auch über jede Kleinspende die bei uns eingeht. Schon 10€ können einen großen Unterschied machen, wenn 100 Leute bereit sind sie zu spenden.



Wenn du uns mit einem kleinen Betrag helfen möchtest die Welt zu verändern, dann spende doch einfach an:

Empfänger: piratestarter.de  
Konto: 27264217  
BLZ: 70250150 (KSK MSE)

Betreff: Wahlkampf Bayern

Oder surfe auf <http://piratestarter.de> vorbei, dort findest du alle Informationen die du brauchst.

## DEKADENTES LAND

von Michaela Keupp

**W**ir sind ein verflucht dekadentes Land.

Unsere Landwirtschaft wird mit Subventionen bezuschusst, damit die Erzeugnisse aus deutscher Produktion auf dem Markt konkurrieren können. Es lohnt sich durch die Subventionen Lebensmittel zu exportieren und z.B. in Afrika Überproduktion und Lebensmittel minderer Qualität zu verkaufen. Nur das Beste für Deutschland, nach Afrika den Rest! Dort ist aber keiner auf unsere Produkte angewiesen, vielmehr können die dort ansässigen Bauern nicht mit dem subventionierten Preis mithalten. Die billige Ware aus Deutschland, zerstört den Markt. Das leisten wir uns!

Agrarsubventionen kommen der deutschen Agrarindustrie zugute. Bezuschusst wird die Fläche. Wer viel Land hat, erhält viel Geld, obwohl die Bewirtschaftungskosten je Hektar mit zunehmender Fläche abnehmen. Kleinbäuerliche Landwirtschaft strauchelt, eine kostendeckende Produktion ist bei dem Preisdruck durch den Handel kaum möglich. Subventionen verschlimmern das Problem. Das leisten wir uns!

Wöchentlich isst jeder Deutsche ~1,2 kg tierische Lebensmittel. Weils so billig ist. Durch Massentierhaltung sind die Produktionskosten gering. Bestimmte Huhn-Züchtungen, die enorm effektiv Futter in Masse umsetzen leben nur 28 Tage. Am Ende ihres kurzen Lebens können die Tiere kaum noch laufen können und sind krank. Eine Gabe von Medikamenten soll nicht nötig sein, schreibt das Lebensmittelrecht vor. Fleisch soll in guter Qualität, ohne



Rückstände von Medikamenten produziert werden. Trotzdem werden 97% der Tiere in dieser kurzen Zeit mindestens einmal Medikamente verabreicht! Die Haltung der überzüchteten Tiere auf engem Raum macht sie krank, von artgerecht kann mensch nicht mehr sprechen. Das leisten wir uns!

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt wöchentlich 300-600 Gramm tierische Lebensmittel für einen gesunden Lebenswandel. Mehr führt zu einem erhöhten Risiko für Volkskrankheiten wie Diabetes, Übergewicht und Bluthochdruck. Wir Deutsche liegen bei mehr als dem Doppelten davon. Die Behandlung von ernährungsbedingten Erkrankungen betragen 30% der Gesundheitskosten. Das leisten wir uns!

870 Millionen Menschen auf der Welt hungern. Gleichzeitig sind rund 1,5 Milliarden Menschen übergewichtig. Es ist nicht so, dass wir ihnen das Essen direkt wegnehmen. Doch treiben die Praktiken unserer Zuliefererfirmen Menschen in den Hunger. Weite Landstriche an Regenwald werden abgeholzt, pro Minute soviel wie 35 große Fußballfelder. Nur, damit günstig Lebensmittel für uns produziert werden können. Manche Arbeiter\_innen auf den riesigen Gemüsefeldern haben ihr Leben lang nichts anderes gegessen als Maisbrei. Täglich ernten sie für einen Hungerlohn. Auf diesen sind sie angewiesen, da das Land, dass sie früher als Selbstversorger bewirtschaftet haben an die Agrarindustrie verkauft wurde. Das leisten wir uns!

In Indien haben sich letztes Jahr über 200.000 Bauern das Leben genommen. Einer der Global Player auf dem Saatgutmarkt hatte ihnen teures Saatgut verkauft und übermäßige Erträge versprochen. Das Saatgut gedieh auf dem Boden jedoch nicht und benötigte viel mehr Wasser als üblich - es kam zu großen Ernteausfällen. Die Bauern blieben ohne Ernte, aber mit hohen Schulden zurück. Diese Unternehmen verkaufen auch in Deutschland Saatgut, auch

für Hobbygärtner. Sie haben Patente auf Gemüsesorten angemeldet. Spezielle Sorten Getreide unterliegen schon lange dem Patentschutz. Was einst Allgemeingut war, gehört nun einem Unternehmen. Und muss nicht nur einmal, sondern jährlich bezahlt werden. Denn eine Aussaat der Vorjahresernte, wie in der bäuerlichen Landwirtschaft üblich, ist nicht erlaubt. Das leisten wir uns!

Durch die Dominanz von wenigen großen Saatgutherstellern hängt die Nahrungsmittelversorgung der ganzen Welt von wenigen Pflanzenarten ab. Arten, die schon seit Jahrtausenden Teil der menschlichen Ernährung waren, sterben aus. Auch innerhalb der Arten gibt es nur wenige Sorten, stattdessen einheitliches Saatgut. Eine hohe Artenvielfalt ist aber Garant für das Überleben. In unserem sich schnell verändernden Klima ist es wichtig, dass Pflanzen anpassungsfähig bleiben. Auf neue Umwelteinflüsse kann ein lebendiges Saatgut besser reagieren. Aber statt dies zu fördern und alte Sorten zu erhalten, unterstützen unsere Gesetze die „Großen Fünf“ auf dem Saatgutmarkt. Das leisten wir uns!

Die Agrarsubventionen müssen dringend umgestaltet werden. Subventionen soll es nur noch für die Einhaltung höherer Standards in Tier-, Arten- oder Umweltschutz geben. Oder für gute Arbeitsbedingungen. Wir Piraten wollen der Charta von Florenz beitreten und dadurch klarstellen, dass in Deutschland gentechnisch veränderte Pflanzen nicht für den Anbau im Freiland zuzulassen und für die Landwirtschaft insgesamt abzulehnen sind. Patente auf Leben darf es nicht geben. Verwendete Pestizide und Inhaltstoffe sollen auf Lebensmittelverpackungen kenntlich gemacht werden, über den gesamten Produktionsprozess hinweg. Regionale Wirtschaftskreisläufe wollen wir fördern.

Sicherlich können wir keine Wunder bewirken, aber Probleme haben wir erkannt und wollen sie angehen.



## „HERZLICH WILLKOMMEN!“ STATT „FAHRT NACH HAUSE!“

von Dominik Kegel

**A**syl. Ein Wort, zu dem jeder etwas sagen kann, zu dem jeder eine Meinung hat. Und doch ist es schwer zu erfassen, was Asyl eigentlich bedeutet. Aus dem Griechischen stammend bedeutet Asyl übertragen Sicherheit. Schutz also, in diesem Fall vor Gefahr und Verfolgung.

Vorweg sollte man sich vor Augen führen, warum Menschen fliehen müssen und eben um dieses Asyl, also Schutz, bitten. Häufig skandieren die konservativen Parteien, dass es eine wahre Flut an Flüchtenden gebe, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland komme. Die Wahrheit ist, dass kaum ein Mensch die Strapazen einer Flucht und eines Asylverfahrens auf sich nimmt, nur weil es im Herkunftsland wirtschaftlich schwierig ist.

Die allermeisten Flüchtenden suchen nach Schutz, weil in ihren Herkunftsländern Zustände herrschen, die eine menschenwürdige Existenz oder gar das Überleben unmöglich machen. Die Menschen lassen meist Freunde, Familie und ihr bisheriges Leben zurück, weil sie keine andere Perspektive mehr sehen. Das ist eine Extremsituation. Dennoch steht in der bayerischen Asyl-durchführungsverordnung noch immer der Satz geschrieben, dass die „Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland zu fördern“ sei.

Menschen, die also nach Hilfe suchen, ihre Existenz aufgeben mussten, um zu fliehen, wird in Bayern noch immer suggeriert, dass das eigentliche Ziel nicht etwa diese Hilfe ist, sondern die möglichst zeitnahe Rückkehr in das Heimatland.

Ein Umstand, den wir als Piratenpartei so nicht hinnehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen in diesen Extremsituationen die Hilfe zukommt, die sie benötigen. Dazu gehört für uns, dass die Residenzpflicht abgeschafft wird. Residenzpflicht bedeutet, dass sich die flüchtenden Menschen nur in den Bezirken bzw. Landkreisen aufhalten dürfen, in denen die für sie zuständige Ausländerbehörde liegt. Das Besuchen von Verwandten oder Freunden außerhalb dieser Bezirke ist so nicht oder nur mit großem (auch finanziellem) Aufwand möglich.

Wir wollen, dass den Flüchtenden unbürokratische und kostenfreie medizinische Versorgung zugesichert wird. Und zwar über die im Asylbewerberleistungsgesetz festgesetzte „Behandlung akuter Krankheiten und Schmerzzustände“ hinaus. Viele der Flüchtenden haben Folter erleben müssen und sind nicht nur in körperlich schlechter Verfassung, sondern auch psychisch schwer belastet. Auf diese Behandlungen gibt es bislang zumindest keinen eindeutigen Rechtsanspruch, ebensowenig wie für alle chronischen Leiden.

Neben dem Rechtsanspruch auf Deutschkurse für Asylsuchende werden wir auch sämtliche Arbeitsverbote für sie abschaffen. Bildungs- und Berufsabschlüsse aus dem Heimatland müssen leichter anerkannt werden. Nur durch eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, können es Flüchtende schaffen,

wieder auf eigenen Füßen zu stehen.

Das Ziel der bayerischen Piraten ist außerdem die Abschaffung der Lagerpflicht. Eine dezentrale Unterbringung ermöglicht den Kontakt der Flüchtenden mit der Bevölkerung und kann so zum Abbau von Vorbehalten beitragen. Wir werden daher für eine freie Wohnungs- und Ortswahl sorgen. Bis die dezentrale Unterbringung für alle Flüchtenden möglich ist, muss die Situation in den Gruppenunterkünften deutlich verbessert werden.

Um Flüchtende zu unterstützen, müssen in der Flüchtlingshilfe tätige, anerkannte Vereine und Organisationen Zugang zu Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen haben. Eine Liste aller Gemeinschaftsunterkünfte und die Offenlegung der Anzahl der Asylbewerber sowie der Einnahmen und Ausgaben für jede Unterkunft werden wir verpflichtend einführen. Um Flüchtenden ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, werden wir dafür sorgen, dass alle Zuwendungen direkt ausgezahlt und nicht fremdverwaltet werden.

Langfristig setzt sich die Piratenpartei Bayern außerdem für die Abschaffung der so genannten Drittstaatenregelung ein.

Kurz gesagt: Es geht nicht darum, die „Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland zu fördern“. Es geht darum, echte Hilfe zu leisten und den Menschen die Sicherheit zu bieten, die sie so dringend brauchen.

## ZERSCHLAGT ARD UND ZDF!

Wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk für die Medienwelt fit wird  
von Benjamin Stöcker

Die Medienwelt wandelt sich dank der Digitaltechnik rapide. Das Internet wird die maßgebliche Verbreitungstechnik für mediale Inhalte im 21. Jahrhundert. Die Zeitung kommt morgens „druckfrisch“ auf das Tablet oder den E-Book-Reader, Radio und Musik per Stream auf das Endgerät der Wahl und Youtube, Maxdome und Konsorten machen sich auf, die Fernsehsender der Zukunft zu werden.

Es stellt sich die berechtigte Frage, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in diesem neuen Mediensystem seinen Platz findet. Klar ist, dass ARD und ZDF aus der Medienlandschaft in Deutschland kaum wegzudenken sind und eine feste Rolle haben. Sie sollen von Wirtschaftinteressen und Politik möglichst unabhängige und verlässliche Informationsquellen sein. Sozusagen ein Fels der Information in der Brandung unserer vielfältigen Medienlandschaft.



Doch leider wurden sie bei der Erfüllung dieser Aufgabe in den neuen Medien massiv geschwächt: Durch das Lobbying der deutschen Zeitungsverlage werden sie von der Politik gezwungen, die von uns gemeinsam finanzierten Inhalte schon nach kurzer Zeit aus dem Internet zu löschen und damit praktisch unzugänglich zu machen.

Um das System öffentlich-rechtlicher Rundfunk zukunftsfest zu machen, müssen die Anstalten

gen ein Fels der Information in der Brandung unserer vielfältigen Medienlandschaft.

ten zerschlagen werden in Einrichtungen, welche sich nur um die Produktion der Inhalte und Anstalten, die sich nur um das Verbreiten der Sendungen kümmern. Die Produktionseinrichtungen veröffentlichen ihre Inhalte in offenen Formaten und zur freien Verfügung in Internetdatenbanken. Die Sendeanstalten vermitteln dann diese Inhalte passend für den jeweiligen Verbreitungsweg: Fernsehen, Radio, Podcast oder Webseite. Diese Arbeitsteilung gibt dem System insgesamt eine sehr hohe Flexibilität, senkt die Kosten und garantiert darüber hinaus, dass die von uns bezahlten Inhalte auch allen Menschen dauerhaft zur Verfügung stehen.

Wenn dann noch die Finanzierung des Systems auf eine datensparsamere Alternative als GEZ oder Beitragsservice umgestellt wird, steigt auch wieder die Akzeptanz in der Bevölkerung. Das perfekte Modell wäre eine Rundfunkabgabe, die sich am Modell der Kirchensteuer orientiert: Es ist weitestgehend unabhängig vom Staat, für den Einzug braucht man keine neue Behörde, welche Daten über alle Bürger dieses Landes sammelt und die Finanzierung wird auf sozial gerechtere Füße gestellt.

## ÖPNV IST NICHT FÜR ALLE DA

von Maren Kammler

Die Geschichte der Verkehrspolitik in Bayern ist eine Geschichte voller Missverständnisse. Denn irgendwie scheinen sich Bürger und Politik nicht verständigen zu können - die Bürger wollen eine bessere Anbindung und Verbreitung des ÖPNV, die Regierung will Großprojekte wie den Transrapid vom Münchner Hauptbahnhof zum Franz-Josef-Strauss-Flughafen, die 2. S-Bahn-Stammstrecke durch München oder die 3. Start- und Landebahn am Münchner Flughafen. Gegen letztere sind wir im Volksentscheid in München als Bündnispartner erfolgreich gewesen.

Dabei wäre es weit wichtiger, den ÖPNV so zu gestalten, dass er für jeden, der es bedarf, die Teilnahme am öffentlichen Leben, an Kulturereignissen, Sportveranstaltungen oder auch Wechselschichten ermöglicht. Unter den aktuellen Bedingungen geht das nämlich oftmals nicht.

Beispiele gefällig?

Tim und sein Vater aus Hohenlinden möchten ein Eishockeyspiel in München besuchen. Das Spiel fängt um 20.30 Uhr an, es ist spannend, ausgeglichen und geht in die Verlängerung - es fällt kein Tor, also wird es auch noch ein Penalty-schießen geben. Und die beiden Protagonisten? Die können es nicht mehr mit anschauen, denn

die letzte Möglichkeit, aus München nach Hause zu kommen ist die S-Bahn, die um 23.31 Uhr am Hauptbahnhof abfährt. Nur so erwischen sie den letzten Bus von Markt Schwaben aus - die nächste Chance ist erst wieder um halb sieben am nächsten Morgen.

Oder was ist mit der Arbeiterin Ines aus München, die um halb vier ihre Schicht in der Backstube in Heimstetten antreten soll? Ohne eigenes Auto ist man aufgeschmissen.

Und dies sind bloß Beispiele aus dem Münchner Umland - weiter draußen ist man noch schlechter dran.

ÖPNV also nur für diejenigen, die flexibel sind? Sollte dazu nicht das Auto da sein?

Eine Grundversorgung auch von Mobilität sollte den Bürgern stets gewährleistet sein - und das ohne Rücksicht auf Landkreisgrenzen, sondern überregional und rund um die Uhr, z.B. durch verstärkte Angebote für Anrufsammeltaxis. Auf lange Sicht soll das ganze natürlich fahrscheinlos (nicht gleichzusetzen mit kostenlos!) geschehen, um den bürokratischen Aufwand für Ticketverkauf und -kontrolle zu minimieren, aber bis dahin sollen die Tarife übergreifend vereinheitlicht und Fahrscheine bzw. Zeitkarten für die verschiedenen Verkehrsträger wie Bahn,

Bus, Tram, Anrufsammeltaxi etc. gleichermaßen gelten. Dies erleichtert die Kombination von Verkehrsmitteln, vereinfacht Umsteigemöglichkeiten ohne erneuten Fahrkartenkauf und erspart das durchforsten von unterschiedlichen Tarifstrukturen.

Die Piratenpartei Bayern hat in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2013 umfangreiche Punkte zur Verkehrspolitik beschlossen. Dabei schlagen wir die Brücke zwischen unseren Kernthemen Beteiligung, Open Data und der Gestaltung z.B. des ÖPNV im ländlichen Raum. Wichtig ist, dass jedem die Möglichkeit zur sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe gegeben wird.



Man sieht also, dass uns nicht prestigeträchtige einzelne Großprojekte wichtig sind, sondern Infrastrukturprojekte mit großer Flächigkeit, die letztlich allen Bürgern zu Gute kommen im Sinne von transparenten Prozessen, nachvollziehbarer Finanzierung und gesellschaftlicher Teilhabe.

## IM KLINGELBEUTEL KLINGELT STEUERGEDL

von Nicole Britz

O bwohl Deutschland ein säkularer - also weltlicher - Staat ist, genießen die beiden großen christlichen Kirchen immer noch eine Sonderrolle. Eine Auswirkung davon ist, dass die Kirchensteuer eine Steuer ist und kein freiwilliger Beitrag der Kirchenmitglieder oder der Gläubigen und dass dieser Beitrag von den



staatlichen Finanzämter eingezogen wird. Und die Kirchensteuer kann als Sonderausgabe steuerlich abgesetzt werden. Damit verzichtet der Staat auf eigene Steuern.

Aber es geht sogar noch weiter: Aufgrund von Verträgen, die vor 200 Jahren geschlossen wurden, zahlt der Staat bis heute die wesentlichen Kosten kirchlicher Einrichtungen wie etwa Krankenhäuser, Kindergärten und sogar die Gehälter der Bischöfe und anderer Mitarbeiter.

Im Jahr 2009 flossen über 19 Milliarden Euro aus der Staatskasse in die Kirchenfinanzierung. Die beiden großen Kirchen brachten zusammen nur 10,5 Milliarden Euro auf. Das ergibt einen Anteil von 64% für den Staat bei der Finanzierung der Kirchen und kirchlicher Einrichtungen. Dieser Anteil mag für einzelne Institutionen unter kirchlicher Leitung sogar noch höher liegen.

Es ist schon befremdlich in der heutigen Zeit, dass die Finanzämter für die Kirchen die Kirchensteuer einziehen, und zusätzlich fließen noch erhebliche staatliche Mittel in Richtung der beiden größten Glaubensgemeinschaften, die auch von Leuten aufgebracht werden, die mit keiner der beiden Konfessionen verbunden sind.

Dieses Finanzierungsmodell wirkt umso befremdlicher in unserer Zeit, wenn man bedenkt, dass die Kirchen nicht nur hinsichtlich ihrer Finanzierung Sonderrechte genießen. Auch im Arbeitsrecht gelten Sonderregelungen für religiöse Tendenzbetriebe. Das bedeutet, dass die Regelungen des Arbeitsrechts, denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber normalerweise unterworfen sind, hier nur eingeschränkt gelten.

Da zum Beispiel die katholische Kirche Homosexualität nicht mit ihren Moralauffassungen vereinbaren kann, darf sie aufgrund des speziellen Arbeitsrechts offen homosexuell lebende Mitarbeiter entlassen oder bereits bei der Einstellung diskriminieren. Auch eine Scheidung ist ein zulässiger Kündigungsgrund, da die katholische Kirche Scheidungen ablehnt und das Sakrament der Ehe als unauflöslich gilt.

Wir haben also mitten in Deutschland Betriebe, die sich zum größten Teil aus Steuermitteln finanzieren (also auch den Steuern von Geschiedenen und Homosexuellen, um bei diesem Beispiel zu bleiben), die aber legal diskriminieren dürfen. Und dies im Jahr 2013, sieben Jahre nach Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, welches weltliche Arbeitgeber zu diskriminierungsfreiem Verhalten verpflichtet und Diskriminierten Rechtsmittel an die Hand gibt, sich dagegen zu wehren.

Man mag nun anführen, dass die Kirchen ja „viel Gutes tun“ in den von ihnen geführten Einrichtungen. Dem sei entgegen zu halten, dass sie das auch tun können, wenn sie sich allgemeinen arbeitsrechtlichen Regelungen unterwerfen. Die Zeit ist reif, diese Sonderlocken endlich abzuschneiden. Wenn die Allgemeinheit die Kosten trägt, darf die Weltanschauung des Betreibers keine Rolle spielen. Wenn die Kirchen diese arbeitsrechtliche Sonderstellung weiter genießen wollen, sollten sie die Finanzierung dieser Betriebe selbst gewährleisten. Wir setzen uns daher dafür ein, dass staatlich geförderte kirchliche Einrichtungen (Altenheime, Krankenhäuser, Kitas, etc.), die mit der Wahrnehmung von gemeinnützigen Aufgaben betraut sind und sich auch vorwiegend über staatliche Mittel finanzieren, nur noch dann Geldmittel erhalten, wenn jeweils das allgemeine Arbeitsrecht Anwendung findet.

Aber die Kritik geht noch weiter. Was außer „das haben wir immer so gemacht“ rechtfertigt heute noch die Einziehung der Kirchensteuer durch die Finanzämter? Zwar wird hierfür eine Aufwandentschädigung erhoben, es ist jedoch unklar, ob diese kostendeckend ist. In den meisten anderen Ländern gibt es keine Kirchensteuer. Sie finanzieren sich aus Spenden und Dienstleistungen.

Solche Privilegien finanzieller und arbeitsrechtlicher Natur sind nicht mehr zeitgemäß. Die Abschaffung dieser Privilegien und eine grundlegende Reform der Kirchenfinanzierung muß von der Politik endlich angegangen werden. Dafür setzt sich die Piratenpartei ein.

### Impressum:

Christina Grandrath; Piratenpartei Bayern; Landesgeschäftsstelle; Schopenhauer Str. 71; 80807 München; E-Mail: [info@piratenpartei-bayern.de](mailto:info@piratenpartei-bayern.de); Internet: <http://www.piratenpartei-bayern.de> Layout: Nico Hofmann

### Bildnachweis der Seiten 1-6 und 11-16:

Seite 2: CC-BY-NC Daniele Civello - <http://www.flickr.com/photos/civellod/5710563874/>

Seite 3: CC-BY-SA Ed Yourdon - <http://www.flickr.com/photos/yourdon/3088582622/>

Seite 4: CC-BY-NC Poes In Boots - <http://www.flickr.com/photos/lusobelga/153539410/sizes/l/in/photostream/>

Seite 4: CC-BY-SA János Baláz - <http://www.flickr.com/photos/jbid-post/7666977880/>

Seite 5: Public Domain, KF - [http://en.wikinews.org/wiki/File:Test\\_%28student\\_assessment%29.jpeg](http://en.wikinews.org/wiki/File:Test_%28student_assessment%29.jpeg)

Seite 5: CC-BY alegri / 4freephotos.com - <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Formula-on-blackboard758.jpg>

Seite 6: CC-BY-NC Alexodus - <https://secure.flickr.com/photos/lesk/614183558/>

Seite 6: CC-BY-NC cesar astudillo - <https://secure.flickr.com/photos/cesarastudillo/3981364314/>

Seite 11: CC-BY-SA Zeitfixierer - [http://www.flickr.com/photos/\\_timl/3205727935/sizes/o/in/photostream/](http://www.flickr.com/photos/_timl/3205727935/sizes/o/in/photostream/)

Seite 12: CC-BY Brad Flickinger - <http://www.flickr.com/photos/56155476@N08/6659988943/>

Seite 13: CC-BY Agência de Notícias do Acre - <http://www.flickr.com/photos/fotosdoacre/9143005011/>

Seite 13: CC-BY-SA JamesReaFotos - [http://www.flickr.com/photos/james\\_rea/6247474631/](http://www.flickr.com/photos/james_rea/6247474631/)

Seite 14: CC-NC-ND Michaela Mügge - <http://www.flickr.com/photos/cephir/8134539264/in/set-72157631879313456/>

Seite 15: CC-BY-NC-SA KCU - <http://www.flickr.com/photos/33099026@N08/5452100962/in/photolist-9iMrEJ>

Seite 15: CC-BY-SA Kaffestein - <http://www.flickr.com/photos/kaffeeinstein/503181964/>